Friede mit unfriedlichen Mitteln?

Die EU vollzieht mit der neuen Friedensfazilität einen Paradigmenwechsel in ihrer Sicherheitspolitik

von Thomas Roithner

Friedensforscher und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund

Der Artikel erschien am 24.3.2021 in einer Kurzfassung in „Die Presse".

www.thomasroithner.at

Seit 22. März hat die EU ein neues Instrument im Werkzeugkasten: die Friedensfazilität. Ein irreführender Name und eine unverfänglich klingende Skizze des Rates der EU, die „Konfliktverhütung, die Friedenserhaltung und die Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität" voranbringen soll. Stutzig macht daran „die Lieferung von militärischer und verteidigungspolitischer Ausrüstung, Infrastruktur oder Unterstützung".

Etwa fünf Milliarden Euro sollen von 2021 bis 2027 dafür zur Verfügung stehen. Während EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen das Erlernen der „Sprache der Macht" propagiert, konkretisierte der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, unlängst: „Wir brauchen Pistolen, wir brauchen Gewehre, wir brauchen militärische Kapazitäten, und das ist es, was wir unseren afrikanischen Freunden zur Verfügung stellen werden". Im Blick hat die EU dabei besonders die Sahel-Staaten.

Aus gutem Grund verbietet der EU-Vertrag von Lissabon die Finanzierung von Maßnahmen mit militärischen und verteidigungspolitischen Bezügen. Der Trick: finanziere Waffenlieferungen und Ausrüstung „Made in Europe" als „off-EU-budget". Eine Umsetzung der „Friedensfazilität" außerhalb des EU-Finanzrahmens erlaubt offenbar ein Agieren jenseits vertraglicher Regeln. Das Zusatzgimmick: das EU-Parlament ist betreffend echter Mitsprache und Kontrolle folglich auch außen vor. Für einen Schattenhaushalt kriegt man keinen Friedensnobelpreis.

Cui bono?

Was in den letzten Dekaden unter dem Label „Militärhilfe" nicht selten gescheitert ist, bekommt nun einen veränderten Anstrich. Die Risiken liegen auf der Hand. Waffen aus den EU-Staaten gerieten auch bisher immer wieder in falsche Hände, also werden vor Ort gestohlen, illegal weiterverkauft oder der Endverbrauch zu lax kontrolliert. Eine andere Deutung der „falschen Hände" sind Waffen für wenig reformbereite Militärs und Sicherheitskräfte, die überdies selbst Konfliktparteien sind.

Waffen zum Schutz von Menschenrechten können in falschen Händen zum schlimmsten Feind der Menschenrechte werden. EU-Waffenlieferungen via Friedensfazilität sind neu und gehen über Waffen- und Munitionslieferungen der EU-Nationalstaaten hinaus. Die Stabilisierung und Ertüchtigung nicht demokratischer Regime kann – stärker als bisher – zum Fluchtgrund für Teile der Bevölkerung werden. Diese Stabilisierung ist kein wertfreies Konzept, zumal sich beispielsweise in Mali trotz vermehrter internationaler (Truppen)Präsenz die Lage in den letzten Jahren ständig verschlechtert und sich die Militärausgaben vervielfachen.

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI zeigt, dass sich die Waffenverkäufe von Frankreich von 2016 bis 2020 im Vergleich zu 2011 bis 2015 um satte 44 Prozent erhöht haben. Jene von Deutschland stiegen derweil um 21 Prozent. Neutrale EU-Staaten sollten sich nicht zum Spielball machen lassen und stattdessen ursachenorientierte zivile Krisenprävention ins Zentrum rücken. Das Richtige zu tun ist das Eine. Das Falsche zu unterlassen, wäre schon ein guter Anfang.

Krieg ist Frieden?

Um unerwünschte gesellschaftliche Kritik zu vermeiden, werden im Kontext von Militäreinsätzen und Rüstungsexporten der nordatlantischen Staaten – sofern der Westen als aktiv Beteiligter auftritt – Begrifflichkeiten vermehrt in einem Orwell'schen Sinn gebraucht. Man führt keinen Krieg, sondern es wird „militärisches Krisenmanagement" betrieben, eine „Operation" durchgeführt, es wird „stabilisiert", „humanitär interveniert" oder „Schutzverantwortung" wahrgenommen. Auch ein „Krisenbewältigungseinsatz" oder die „Projektion der Kräfte in Operationsgebiete außerhalb der Europäischen Union" klingt allgemein verträglich. Die Begriffe „Verteidigung" und „Intervention" verwischen. In Folge nennen sich hochriskante Rüstungsexporte in Krisengebiete nun „Friedensfazilität". Bloß kostspielig und martialisch soll es in der Öffentlichkeit nicht klingen.

Das große Bild

Seit Großbritannien 2016 für den EU-Austritt votiert hat, nahm die militärische und rüstungsindustrielle Entwicklung der EU massiv an Fahrt auf. London wollte Sicherheit in der NATO, Paris will eine autonome EU-Militärunion. Auf dem Weg zur EU-Autonomie wurden seither der neue milliardenschwere EU-Rüstungsfonds, das militärische Kerneuropa, das militärische Schengen oder das neue militärische Hauptquartier für EU-Militäreinsätze operativ. Flankiert werden diese vom EU-Militärstab oder dem Auswärtigen Dienst.

Die Friedensfazilität ist ein weiterer Baustein, um global in der „Sprache der Macht" zu parlieren. Wer heute „mehr Europa" fordert, kriegt – ob gewünscht oder nicht – auch mehr Rüstung und mehr Waffen.